

Situation der religiösen Minderheiten 50 Jahre nach der Unabhängigkeit

von Susanne Thiel

1954 wurde in Pakistan folgende staatliche Formulierung verfaßt: "Der Staat hat alle gesetzlichen Rechte und Interessen der nichtmuslimischen Bürger Pakistans zu schützen und ihnen bei der Einstellung Gleichheit ohne Rücksicht auf Religion, Kaste, Rasse, Geschlecht, Abkunft und Geburtsplatz zu gewähren." Angehörige anderer Religionen sollen in Pakistan keine beruflichen Beschränkungen erleiden und sich als Religionsgemeinschaften selbst verwalten. Artikel 20 der pakistanischen Verfassung gibt jedem Bürger das Recht, sich zu seiner Religion zu bekennen, sie zu propagieren und zu praktizieren. Trotz dieser hehren Ziele sind Nichtmuslime Bürger zweiter Klasse in Pakistan.

Die Angehörigen der Religionen mit 'Heiligen Büchern' sind nach koranischen und historischen Aussagen dem Schutz der muslimischen Herrscher unterstellt. Die 'Heiligen Bücher' sind Tora, Psalter, Evangelium und Koran. Diese Bücher werden vom Islam anerkannt, und es sollte auch eine Akzeptanz der dazugehörigen fremden Religionen vorhanden sein. "Ich habe den höchsten Respekt für Sitten, Gesetze und soziale Institutionen anderer Gemeinschaften. Ja, es ist, den Lehren des Koran zufolge, meine Pflicht, im Notfall sogar ihre Anbetungsstätten zu verteidigen", verkündete Mohammad Iqbal in seiner "Pakistan-Rede" im Jahr 1930.

Die hehren Ziele scheinen lang verblaßt zu sein: Religiöse Minderheiten fürchten, daß sich durch die Scharia und Islamisierungstendenzen ihre Situation auch in Zukunft nicht verbessern wird und sie nach wie vor an der friedlichen Ausübung ihrer Religion gehindert werden. Die religiöse Intoleranz in Pakistan hat gewaltsame Ausschreitungen gegenüber Christen, Ahmadis, Hindus, Zikris und anderen Minoritäten möglich gemacht. Menschenrechtsorganisationen listen folgende Probleme auf: unbegründete Verhaftungen, Häuserstürmungen ohne Durchsuchungsbefehle, ungeklärte Todesfälle in Polizeigewahrsam, Mißhandlungen von Gefangenen und jahrelang hinausgezögerte Gerichtsverhandlungen. Angehörige der verschiedenen religiösen Minderheiten wurden 1985 aus dem normalen Wahlverfahren ausgeschlossen. Sie konnten sich um keine Mandate mehr bewerben und wurden auf ein separates Wahlsystem für Minderheiten beschränkt. Dies verletzt nicht nur die internationale Konvention ziviler und politischer Rechte, sondern auch das Konzept des allgemeinen Wahlrechts (inklusive der Minoritäten) in der pakistanischen Verfassung von 1973.

Die Bedeutung des Blasphemie-Gesetzes

Die Mehrzahl der vor pakistanischen Gerichten erhobenen Blasphemie-Klagen betrifft Mitglieder der Ahmadiya-Glaubensgemeinschaft. Zunehmend werden aber auch Christen angeklagt. Der Begriff 'Blasphemie' wird bewußt sehr vage gehalten, wodurch es oft zu Gesetzesmißbrauch kommt. Erbittet ein Ahmadi den Segen Gottes, kann dies bereits als Gotteslästerung ausgelegt werden. Amnesty International fordert von der pakistanischen Regierung eine Änderung des Blaphemie-Gesetzes (J 298-C und J 295-C PPC), das die Todesstrafe als obligatorische Strafe für die Verunglimpfung des Namens des Propheten Mohammad vorsieht. Unter diesem Paragraphen anhängige Verfahren sollten eingestellt und die Angeklagten, sowie die nach diesem Paragraphen Verurteilten, sofort und bedingungslos freigelassen werden.

Die bisherigen Regierungen haben es nicht fertiggebracht, die Gesetze aufzuheben. Auch der neue Premierminister Nawaz Sharif hat nur den für ihn gefährlichen Artikel des "Achten Verfassungszusatzes" aufheben lassen, zeigt aber keinerlei Interesse am Schutz der Minderheiten.

Der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten

In Pakistan liegt der Anteil der schiitischen Bevölkerung schätzungsweise bei 20 Prozent. Die Schiiten gehören nicht zu den religiösen Minderheiten, weil sie lediglich eine andere Ausrichtung des Islam vertreten. Trotzdem kommt es immer wieder zu Spannungen zwischen schiitischen und sunnitischen Bevölkerungsgruppen. Gewalttätigkeiten zwischen Schiiten und Sunniten lebten Mitte der achtziger Jahre in der Provinz Punjab auf, als der Militärdiktator Zia-ul Haq den extremistischen, sunnitischen Klerus unterstützte, um sich eine Machtbasis bei der islamischen Rechten zu bilden. Die Partei der sunnitischen Fundamentalisten, 'Jamaat-e-Ulema', ist in elf Fraktionen aufgespalten, deren militanteste die 'Sipah-e-Sahaba' (Soldaten der Prophetengefährten) ist. Sie vertritt die Idee eines reinen Sunniten-Staates und die physische Vernichtung aller Schiiten. Auf ihr Konto gehen wahrscheinlich viele der Morde an Schiiten in Karachi. Eigentlich müßte die Propaganda der 'Sipah-e-Sahaba' unter Strafe gestellt werden, aber die Partei ist bislang von staatlichen Sanktionen verschont geblieben. Die Partei rekrutiert ihre Anhänger aus den Religionsschulen, die sich in den letzten Jahren enorm vermehrt haben. Über 2.500 Schulen existieren allein in der Provinz Punjab. Im Januar 1997 explodierte in Lahore eine Bombe, die 26 Menschen aus dem Leben riß und über 70 Verletzte hinterließ. Unter den Toten war auch der Chef der 'Sipah-e-Sahaba', Maulana Zia-ur Rehman Farouqi. In den Tagen nach dem Anschlag wurden Sunni-Gruppierungen mobilisiert, die besonders in den Städten Faizalabad, Jhang, Gujranwala und Multan auftraten, antischiitische Slogans brüllten, die Büros von schiitischen Führern angriffen und versuchten, schiitischen Besitz zu zerstören. In Lahore wurde das iranische Kulturzentrum von empörten 'Sipah-e-Sahaba'-Anhängern in Brand gesetzt. Die kostbare Bibliothek mit 12.000 Büchern verbrannte, darunter seltene Korankopien und andere religiöse Bücher. Auch die Rechtsabteilung mit wertvollen Büchern der religiösen Rechtsschulen zerfiel zu Asche. Die Polizei hielt Abstand zu dem Mob und beobachtete die Vorgänge aus der Ferne.

Die Schiiten-Partei 'Tharik-i-Jafria' hat eine ähnlich blutige Vergangenheit in bezug auf ihre Führer. Im Dezember 1996 wurde der Parteichef der Schiiten, Zulfikar

Naqvi, von zwei unbekanntem Tätern ermordet, zusammen mit seinem Sohn und einem Freund. Auch der Vizepräsident des 'Milli Yakjethi Council' wurde in seinem Heimatdorf in der Nähe Lahores erschossen. Die Vorgänger des Führers Sajid Ali Nagvi wurden ebenfalls samt und sonders von Gegnern umgebracht. Die pakistanischen Schiiten sind unter dem Einfluß der iranischen Revolution selbstbewußter und militanter geworden. Es hat viele Versuche gegeben, Haß zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppen auf breiter Basis zu schüren, etwa durch das Drucken diskriminierender Schriften und Plakate. Die Mehrheit der Bevölkerung stand dieser Literatur und den Haßpredigten des Klerus aber immer abweisend gegenüber. Die Angriffe auf sunnitische und schiitische Moscheen sind auf eine Konspiration von einer kleinen und gut trainierten Armee von Aktivisten zurückzuführen, die damit einen offenen Konflikt anzetteln wollen. Bei näherem Hinsehen haben die Konflikte mehr politische als tatsächlich religiöse Hintergründe. Die häufigen gegenseitigen Übergriffe schaffen ein Klima des Mißtrauens und der Verdächtigungen; Vergeltungsmaßnahmen nach Anschlägen werden in schneller Folge verübt. Nachdem zum Beispiel ein Mitglied der schiitischen Organisation in seinem Büro in Lahore erschossen wurde, betreten zwei Männer die sunnitische Hilal-Moschee und schossen wahllos in die Menge. Vier Todesopfer waren anschließend zu beklagen. Schon am nächsten Tag wurde wiederum eine Bombe in eine Prozession von Schiiten geworfen; zahlreiche Personen erlitten dabei zum Teil schwere Verletzungen. Gleichzeitig kam es in Karachi vor einer Moschee zu einer Schießerei, die fünf Todesopfer - darunter drei Kinder - forderte.

Die Lage der Christen

Es leben ungefähr 700.000 Christen im Land, zu gleichen Teilen Protestanten und Katholiken. Unter den Briten kamen irische Missionare ins Land und bereits seit 1584 verrichten Jesuiten Missionsarbeit und leben zum Teil heute noch in Pakistan. In Lahore kam es zu einer geringfügigen Verbreitung des Protestantismus durch amerikanische Presbyter; einige katholische Christen aus Goa leben in verschiedenen Gebieten Pakistans. Viele Christen gehen pflegerischen Tätigkeiten in Krankenhäusern nach; christliche Krankenschwestern sind sehr bekannt und haben einen guten Ruf. Die christlichen Missionsschulen werden wegen der Qualität ihres Unterrichts geschätzt und auch von pakistanischen Kindern besucht.

Hindus niederer Kaste ließen sich oft zum Christentum bekehren, wohl in der Hoffnung, ihre Situation könne sich nur verbessern und um ihr 'Kasten-Stigma' zu verlieren. Muslime in Pakistan wissen aber von dem Kastenursprung der ehemals hinduistischen Christen und der damit zusammenhängenden Stellung im sozialen Gefüge und behandeln sie dementsprechend herablassend.

Anfang des Jahres 1997 fand ein Muslim in dem Dörfchen Shantinagar unweit der Moschee ein paar herausgerissene und mit beleidigenden Sprüchen beschmierte Koranseiten. Wenige Stunden später fuhren drei Motorradfahrer mit Megaphonen durch das Dorf, um die muslimische Bevölkerung über den Vorfall aufzuklären und sie für einen Rachezug an den Christen des Ortes zu sammeln. Denn natürlich wurde ein Christ für den blasphemischen Akt verantwortlich gemacht: Baba Raji, ein armer Riksha-Fahrer, der für den nüchternen Betrachter nicht der rechte Täter sein konnte, denn er ist des Lesens und Schreibens nicht kundig. Wie sich später herausstellte - aber nie öffentlich verkündet wurde - lagen komplizierte politische Verwicklungen der Beschuldigung zugrunde. Für die christliche Gemeinde und ihre bescheidenen Besitzungen war es aber schon zu spät. Noch am gleichen Tag des Fundes sammelten sich 20.000

entrüstete Muslime aus der Umgebung, vertrieben die Christen aus ihrem Dorf, plünderten und brannten die Häuser nieder, zerstörten drei Kirchen, die Schule und das Krankenhaus und verbrannten alle Bibeln und Gesangbücher, derer sie habhaft werden konnten. Augenzeugen berichteten, daß die Polizei aktiv an den Plünderungen und Zerstörungen beteiligt war.

Die Verfolgung der Ahmadis

Die Ahmadiya ist eine in Indien entstandene Bewegung, die von dem 1908 verstorbenen Mirza Ghulam Ahmad ins Leben gerufen wurde. Er bezeichnete sich als der 'Mahdi', oder Messias, und stieß mit seiner Lehre bei den orthodoxen Religionsträgern von Anfang an auf großen Widerstand. Das Auftreten Mohammads bedeutet im Sinne der orthodoxen Lehre einen endgültigen Abschluß der Sendung von Propheten, die Ahmadis hingegen setzen mit Mirza Ghulam Ahmad diese Reihe fort. Um die Ahmadiya entzündeten sich 1952 in Pakistan schwere Unruhen, auch hier mehr aus politischen als aus religiösen Gründen. Der bereits erwähnte Artikel 20 der pakistanischen Verfassung, der jedem Bürger das Recht gibt, seine Religion auszuüben, wird nicht auf die Ahmadiya angewendet; 1974 wurde die Bewegung endgültig als unislamisch erklärt. Dieses Gesetz wurde zehn Jahre später durch Zia-ul Haq im "Achten Verfassungszusatz" verschärft. Ab 1984 durften sich Ahmadis nicht mehr Muslime nennen oder überhaupt islamische Terminologie verwenden. Viele Ahmadis wurden vom Militärgerichtshof zum Tode verurteilt, das Todesurteil später oft in lebenslange Haft umgewandelt. Über 500 Ahmadis sollen unter Berufung auf das Blasphemie-Gesetz angezeigt worden sein, besagt eine Statistik der Menschenrechtsaktivistin Asma Jehangir. Noch wurde jedoch niemand zum Tode verurteilt.

Ahmadis werden aufgrund ihrer Religionsausübung festgenommen und in vielen Fällen angeklagt, ketzerische Bemerkungen über den heiligen Propheten Mohammad gemacht zu haben. Die Verurteilung bedeutet meist einige Jahre Kerker; Kautionsanträge und Bürgschaften werden überwiegend abgelehnt. Predigen sie ihren eigenen Glauben, verstoßen sie ebenfalls gegen das 1986 eingeführte Blasphemie-Gesetz - da sie ja als unislamisch klassifiziert sind - und können mit einer zweijährigen Gefängnisstrafe rechnen. Die Ahmadiya-Diskriminierung und Verfolgung wird von Bürgern anderer Glaubensrichtungen oft dazu benutzt, Konflikte jeglicher Art - auch geschäftliche - zu lösen: Schnell ist der "Gegner" diffamiert, wegen irgendeines Verstoßes gegen das Blasphemie-Gesetz beschuldigt und hinter Gitter gebracht. Ahmadis werden beobachtet und bedroht, wenn sie sich zum Freitagsgebet in einer Moschee treffen, aber auch, wenn der Treffpunkt ein Privathaus ist. Ortsverwaltungen versiegeln Privathäuser, damit die Möglichkeit genommen ist, sie als Versammlungs- und Gebetsstätte zu nutzen. Gerne bedienen sich die Ortsverwaltungen und mit ihr die Polizei sowie religiöse Führer der Postkontrolle, um über eventuelle Ahmadi-Aktivitäten unterrichtet zu sein und entsprechende Strafmaßnahmen einleiten zu können. Benachteiligungen und kleinere Schikanen finden sich in den verschiedensten Lebensbereichen.

Sunnitische Moscheen werden manchmal als Instrumente des Terrors genutzt, indem durch ihre Lautsprecher Schmähereden gegen Ahmadis tönen, die es wagten, den Gebetsruf 'Asan' hören zu lassen. Immer wieder werden auch Ahmadi-Gräber geschändet und entweiht, provozierende Fahnen und Plakate mit Ahmadi-verachtenden Sprüchen angebracht. In keinem Fall wurde Anklage gegen die Verantwortlichen erhoben. Es kommt immer wieder zur Verfolgung dieser Glaubensgruppe, wenn die Regierung die islamischen Fundamentalisten beruhigen will. Die Regierung gibt vor, die Minderheiten zu schützen und stellt es so dar, daß die Auseinander-

setzungen ein Streit zwischen verschiedenen religiösen Fraktionen seien, es gibt aber immer wieder Hinweise, daß die Regierung aktiv an der Diskriminierung der Ahmadis beteiligt ist.

Die Lage der übrigen religiösen Minderheiten

Hindus gibt es nur noch sehr wenige in Pakistan, sie leben heute hauptsächlich in der Provinz Sindh, und gehörten vor der Teilung meist der Kaste der Unberühbaren an. Auch Sikhs leben nur noch in kleinen Gruppen in Pakistan, sie wanderten in den Ostpunjab im heutigen Indien aus. Ihnen sind aber Besuche ihres Heiligtums Hasan Abdal bei Rawalpindi gestattet. Parsen oder Zoroastrier gibt es wenige Tausend in Pakistan. Sie verließen vor Jahrhunderten den heutigen Iran, um ihren Glauben behalten zu können, und ließen sich überwiegend in Bombay, vereinzelt aber auch in Lahore und Karachi nieder. Ihre Religion gründet sich auf Zarathustra, der in dem zweiten Viertel des ersten Jahrtausends vor Christus vornehmlich in Baktrien lebte und als Reformator der altiranischen Religion wirkte. Er verstand sich als der von seinem Gott Ahura Mazda berufene Verkünder einer monotheistischen Religion. Die Gemeinde der Zoroastrier ist sozial engagiert, fortschrittlich und legt Wert auf eine gute Ausbildung, außerdem ist sie sehr aktiv im Handel und kulturellen Leben. Berühmt sind sie durch ihren ungewöhnlichen Feuerkult und ihre mystisch anmutenden Totentürme, anzusehen in Karachi, auf denen die Gebeine der Verstorbenen von Vögeln gereinigt werden. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung sind die Zoroastrier, verglichen mit den übrigen Minderheiten, selten gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt oder haben unter Diskriminierungen zu leiden.

Als 'Zikris' bezeichnen sich Angehörige einer Sekte in der Provinz Beluchistan. Ihr Gründer Sayyid Mahmud von Jaunpur hatte im 16. Jahrhundert in seiner Heimatprovinz im heutigen Indien den Ruf eines heiligen Mannes, oder sogar Messias, 'Mahdi', erlangt. Es ist ungeklärt, ob sich der Zikrismus, der sich zu diesem Zeitpunkt in Beluchistan ausbreitete, durch den Meister selbst oder dessen Anhänger ins Land gebracht wurde. In den Zikridörfern ist der Name des Sayyids aus Jaunpur jedoch nicht bekannt, der Mahdi wird als 'Nur Pak' (reines Licht) bezeichnet. Der Überlieferung zufolge soll Gott ihn vor Adam erschaffen haben. Zum Zeitpunkt der 'Aker Zaman' (Apokalypse) wird er zurückkehren und den wahren Glauben wiederherstellen. Mit der Gründung der Zikri-Sekte wird eine andere nebulöse und mysteriöse Figur in Verbindung gebracht: 'Khoda Dad' (Geschenk Gottes). Er soll zu einer unbestimmten Zeit geboren worden sein, hat keine leiblichen Eltern und ist der Vorfahre der dominierenden Abstammungslinie der Zikri-Pirs. Wahrscheinlich ist Khoda Dad identisch mit Sayyid Mahmud Jaunpuri oder einem seiner Schüler, der die Lehre des Mahdismus in Beluchistan einführte. Erwiesen ist, daß der Zikrismus ein Abkömmling der Sufi-Bewegung ist.

Das zentrale Ritual ist das 'Zikr', die ständig wiederholten Gesänge und Lobpreisungen Gottes und des Mahdi. Das Glaubensbekenntnis lautet in arabischer Sprache: Es gibt keinen Gott außer Gott und Nur Pak, der Mahdi, ist der Prophet Gottes. Der heilige Koran wird ersetzt durch das 'Zikr Ilahi', eine Zusammenstellung der Gebete und Gesänge in Persisch, Arabisch und Beluch. Die Pilgerreise wird von den Gläubigen nicht nach Mekka unternommen, sondern nach Koh-i-Murad, einem heiligen Berg in Südbeluchistan, von dem gesagt wird, er sei der Thron, 'Takht' des Mahdi. Diese Abweichungen vom orthodoxen Islam rufen natürlich Sunnigeistliche auf den Plan, die die Religionsgemeinschaft der Zikris verdammen.

Mitte des 18. Jahrhunderts war der Zikrismus kurzfristig Landesreligion in Südbeluchistan. 'Sardars' nannten sich die

spirituellen Führer der Gemeinde. Diese Entwicklungen wurden von Nasir Khan von Kalat, einem fanatischen Sunni, kritisch beobachtet. Als Anführer einer mächtigen Stammeskonföderation der Brahui in Ostbeluchistan rief er zum 'Jihad' (heiligen Krieg), schlug die Zikris, die für ihn Ungläubige waren, und etablierte den Sunni-Islam als dominierende Religion in Südbeluchistan. Das Kernthema vieler überlieferter Sagen um die magischen Kräfte der Zikri-Anführer ist die Konkurrenz mit sunnitischen Heiligen - der Sieger bekehrt die Besiegten. Mitte des 19. Jahrhunderts unterstellten die Briten das Land der 'Pax Britannica'. Die "Ungläubigen" stellten einen Schutzmantel für die Zikris dar, denn sie waren in religiösen Belangen toleranter als die Sunni-Anführer.

Heute ist der Zikrismus in Beluchistan größtenteils zurückgedrängt. Bei einigen Nomadengruppen in abgelegenen Gebieten ist er noch zu finden, und einige wenige Fischerdörfer in Südbeluchistan setzen sich noch aus Zikris zusammen. In diesen Minderheiten-Dörfern besteht eine starke Gemeinschaftsideologie, gegenseitige Hilfe zwischen Angehörigen derselben Religionsgemeinschaft ist selbstverständlich. Zusätzlich ist die endogame Heiratsform stark ausgeprägt. Die politischen und spirituellen Führer der Zikris nennen sich 'Waderas'. Die Zikris sind wie die anderen religiösen Minderheiten starkem sozialen Druck ausgesetzt und in politischen und gesellschaftlichen Belangen benachteiligt.

Eine weitere religiöse Minderheit in Pakistan sind die 'Kalash'. Ihr Ursprung ist nicht gänzlich geklärt, vermutlich wanderten nomadisierende arische Gruppen von den zentralasiatischen Steppen nach Afghanistan und nach Chitral im Nordwesten Pakistans. In Pakistan werden sie 'Kalash' genannt: "die, die schwarze Kleider tragen", in Afghanistan inzwischen 'Nuristani', d.h. Bewohner des Landes des Lichts. Vor ihrer Bekehrung zum Islam mußten sie den Schmähnamen 'Kafiren' (Ungläubige) tragen. Ihre Konvertierung wurde massiv von dem Herrscher Amir Abdur Rahman von Afghanistan Ende des 19. Jahrhunderts vorangetrieben. Die meisten ergaben sich in ihr Schicksal, einige flüchteten zu der verwandten Ethnie in Chitral. Die Kalash in Pakistan zählen nur noch ungefähr 4.000 Menschen. Durch ihr auffallend helles Äußeres, ihre reich geschmückte Kleidung und ihre für die muslimische Bevölkerung Pakistans exotisch anmutenden Riten und Traditionen wurden sie in den letzten Jahrzehnten zu Tourismusmagneten. Besonders der Inlandstourismus fluktuiert; viele Muslime werden von der sprichwörtlichen 'freizügigen' Lebensweise der Kalash angezogen, die mit unverschleierten Frauen, Tänzen und dem Genuß von Wein lockt.

Die Kalash haben eine polytheistische Religion mit animistischen Zügen. Charakteristisch sind Tier- und Pflanzenopfer, Ahnenverehrung, Rituale, Gesänge und Tänze, die sich um den Kreislauf der Jahreszeiten bewegen und den ewigen Kreis der menschlichen Existenz: Geburt, Heirat und Tod. Der 'Humbardar' ist der Dorfpriester, er wird von der Gemeinde gewählt. 'Jastak Han' wird das Gebetshaus genannt, das als gesellschaftlicher Raum ein wichtiger Teil des Dorflebens ist.

Die Kalash sind einem starken Druck durch die muslimische Missionierung ausgesetzt; medizinische Versorgung und Schulbildungsangebote sind oft nur mit der Eintrittskarte der muslimischen Religionszugehörigkeit zugänglich. Durch die unzureichende Gesundheitsversorgung sind besonders Tuberkulose- und Kindersterblichkeitsrate sehr hoch. Auch Arbeitsplätze gibt es meistens nur für Muslime. Selbst durch christliche Gruppen findet eine starke Missionierung statt, so daß von einem regelrechten Wettbewerb der Religionsgemeinschaften gesprochen werden kann. In einigen Dörfern ist bereits eine Vielzahl von Menschen zum Islam übergetreten. Auch innerhalb der Familien wird religiöser Druck ausgeübt und die Traditionen verblasen. Die älteren Menschen prakti-

zieren ihre animistische Religion, die Kinder sind bereits Muslime, besuchen die Moschee und muslimische Schulen.

Händler, Touristen, Ethnologen und afghanische Flüchtlinge besuchten in den letzten Jahrzehnten in großen Zahlen die Täler oder haben sich dort angesiedelt. Dadurch erhöht sich der soziale und wirtschaftliche Druck auf die Kalash. Bewohner anderer Landesteile haben Landbesitz und wertvolle Walnußbäume in den Tälern erworben, und weichen die bestehenden Strukturen auf. Es findet ein regelrechter Aus-

verkauf der Kultur statt: Kunst- und Kultgegenstände werden verkauft oder gestohlen. Auch der Tourismus bedeutet nur Ausbeutung für die Kalash, weil die Organisation und damit auch die Profite nicht in ihren Händen liegen. Ein Kalash-Lehrer forderte in einem Interview, daß viel mehr Kalash als Lehrpersonal ausgebildet und in Schulen arbeiten sollten, damit die Kinder ihrer eigenen Kultur nicht entfremdet werden. Auch ein kulturell angepaßtes eigenes Lehrbuch sollte erstellt werden, um zu retten, was noch zu retten ist.

50 Jahre pakistanische Außenpolitik im Rückblick

von Amit Das Gupta

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft auf dem südasiatischen Subkontinent schenken die deutschen Medien der Indischen Union wesentlich mehr Aufmerksamkeit als dem Nachbarn Pakistan. Dabei hat letzteres gerade im Bereich der Außenpolitik enorme Leistungen vollbracht. Zwei Mal spielte es eine wichtige Rolle in der Weltpolitik: der brillant gemeisterte und von Zulfikar Ali Bhutto vermittelte Spagat zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China ermöglichte 1971 die Annäherung Washingtons an Peking, was die bilaterale Konfrontation des Kalten Krieges durch eine trilaterale ersetzte. Noch im selben Jahrzehnt ließ die sowjetische Intervention in Afghanistan Pakistan zur Bastion des Widerstandes gegen den Moskauer Expansionismus werden, dessen Scheitern zum Ende der Sowjetunion beitrug. Nicht nur bei diesen Gelegenheiten zeigte sich, daß Pakistans Selbstbehauptungswillen eine Diplomatie hervorgebracht hat, die an Cleverness und Geschmeidigkeit ihresgleichen sucht: das Geheimnis ihrer Stärke ist die Kontinuität ihrer Ziele und Methoden, die unter den unterschiedlichsten Regierungen beibehalten wurden, weil die anfängliche Schwäche zu einer nüchternen Analyse der eigenen Lage zwang und kaum Alternativen zuließ. Die pakistanische Außenpolitik ist nur dann zu verstehen, wenn man sich etwas ausführlicher mit der Lage im Sommer 1947 und in den ersten Jahren der Unabhängigkeit befaßt.

Die Ausgangssituation

Vier Faktoren spielten damals eine zentrale Rolle: die geographische Lage, die umstrittenen Grenzen, die wirtschaftliche Situation und die Psychologie der Regierenden. Die Gestalt des Landes bei Erlangung der Unabhängigkeit war absurd: Nachdem die Teilung Britisch-Indiens durchgeführt worden war, bestand der muslimische Teil aus zwei Flügeln, die durch mehr als 2.000 Kilometer indisches Gebiet getrennt wurden. Ostpakistan, das heutige Bangladesch, wurde nahezu völlig von der Indischen Union umschlossen und besaß als offene Ebene keinerlei natürlichen Schutz gegen eine möglichen Angriff. Der Westflügel schien kaum weniger gefährdet: In gefährlicher Nähe des jungen Staates und nur durch den schmalen afghanischen Wakhan-Korridor von diesem getrennt lag die Sowjetunion, die gerade in Europa ihre Expansionsgelüste unter Beweis gestellt hatte. Durch den freiwilligen Anschluß nordpakistanischer Fürstentümer sowie nach dem ersten Waffengang in Kashmir grenzte von Pakistan kontrolliertes Ter-

ritorium auch an China, das nach wenigen Jahren zu einer aggressiven kommunistischen Großmacht emporstieg.

Noch schwerer als diese potentiellen Gefahren wog, daß die Grenzen Westpakistans von zwei seiner Nachbarn von Anfang an nicht akzeptiert wurden. Nur der Iran erhob nie territoriale Ansprüche und bekräftigte dies 1958 mit einem Vertrag. Mit der Indischen Union dagegen bestand lediglich Einigkeit über den Grenzverlauf im geteilten Punjab. Ansonsten drohten Konflikte um den Rann von Kutch sowie die Zugehörigkeit des Fürstentums Kashmir. Ebenso ungewiß war die Beständigkeit der Nordwestgrenze mit Afghanistan. Beides waren Erblasten der britischen Kolonialpolitik, die sich stets bemüht hatte, den Nordwesten des Subkontinents und damit die traditionelle Einfallsrouten gegen potentielle Feinde abzusichern. In diesem Sinne wurde zum einen mitten durch das Siedlungsgebiet der Paschtunen die sogenannte Durand-Line gezogen, die die Kontrolle über den von britischen Truppen gesicherten Khyber-Paß garantierte. Andere Aufgaben im Grenzgebiet übertrug die Kolonialmacht einer Hindu-Dy-

nastie, die mit Unterstützung aus New Delhi in Kashmir herrschte. Es war vor auszusehen, daß beides bald nach dem 15. August 1947 in Frage gestellt werden würde.

Schon allein dieses Szenario verdeutlicht, daß der gerade von Muhammad Ali Jinnah ins Leben gerufene Staat um erhebliche Teile seines Territoriums, wenn nicht sogar um seine Existenz bangen mußte. Solche Befürchtungen wurden noch durch die desolate ökonomische Lage verstärkt: Die Teilung Britisch-Indiens hatte ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zerschnitten, wobei die Indische Union die wenigen verarbeitenden Industrien erbe, während Pakistan fast ausschließlich aus rein landwirtschaftlich genutzten Gebieten bestand. Letztere waren im Westflügel auf Flüsse und Bewässerungssysteme angewiesen, die von Indien trockengelegt werden konnten. Daß letzteres bereit war, harte Maßnahmen zu ergreifen, zeigte es u.a. bei der langen Verzögerung der Auszahlung der Finanzmittel, die dem islamischen Nachbarn rechtmäßig aus dem britischen Erbe zukamen. Hier klingt schon die vierte Komponente der paki-